



Rechtsausschuss

75. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

22. März 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:50 Uhr

Vorsitz: Dr. Ingo Wolf (FDP)

Protokoll: Rainer Klemann, Thilo Rörtgen (TOP 15)

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
1 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Absenkung des Wahlalters)	8

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13313 – Neudruck

Für den Gesetzentwurf Drucksache 16/13313 – Neudruck – stimmen die Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten; dagegen stimmen die Fraktionen von CDU und FDP. Da hiermit die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht ist, ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

¹ nichtöffentlicher Teil mit TOP 18 siehe nöAPr 16/366

2 Gesetz zur Einführung der Individualverfassungsbeschwerde zum Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen 9

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/13113

Der Gesetzentwurf Drucksache 16/13113 wird bei Zustimmung der Fraktionen von FDP und Piraten sowie Enthaltung der Fraktion der CDU mit den Gegenstimmen der Fraktionen von SPD und Grünen abgelehnt.

3 Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes, des Verfassungsgerichtshofgesetzes und weiterer Gesetze 10

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/13312

Der Gesetzentwurf Drucksache 16/13312 wird nach kurzer Debatte mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen bei Enthaltung der Fraktion der CDU gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und Piraten angenommen.

4 Gesetz zur Regelung des Jugendstrafvollzuges und zur Änderung der Vollzugsgesetze in Nordrhein-Westfalen 13

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/13470

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Tischvorlage 1 (siehe Anlage)

Nach kurzer Diskussion wird der Änderungsantrag Tischvorlage 1 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten angenommen.

Der Gesetzentwurf Drucksache 16/13470 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen bei Enthaltung

der Fraktion der CDU gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und Piraten angenommen.

5 Bürgerinnen und Bürger besser schützen: Taschendiebstahl schärfer sanktionieren **16**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/14011

Stellungnahme 16/4651
Stellungnahme 16/4657

Nach kurzer Diskussion wird der Antrag Drucksache 16/14011 bei Zustimmung der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und Piraten abgelehnt.

6 Ehrliche und offene Evaluation kriminalpolitischer Maßnahmen ermöglichen – Kriminalitätsstatistiken reformieren **20**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13524

Ausschussprotokoll 16/1626

Nach der Aussprache wird der Antrag Drucksache 16/13524 bei Zustimmung der Fraktion der Piraten und Enthaltung der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Grünen abgelehnt.

7 Landesregierung muss wachsende Überstundenberge sicher vor Verfall schützen – Beamte haben Kompensation ihrer unvermeidbar anfallenden Mehrarbeit verdient **25**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/13694

Ausschussprotokoll wird erwartet

Der Ausschuss verzichtet auf Abgabe eines Votums zum Antrag Drucksache 16/13694.

8 Kinder und Jugendliche schützen – Kinderehen wirksam verhindern 26

Antrag

der Fraktion der FDP

Drucksache 16/12848

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD,

der Fraktion der CDU,

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

der Fraktion der FDP und

der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 16/14607 – Neudruck

Vorlage 16/4390

Nach kurzer Debatte wird der Antrag Drucksache 16/12848 bei Zustimmung der Fraktion der FDP und Enthaltung der Fraktion der Piraten mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Grünen abgelehnt.

Der Entschließungsantrag Drucksache 16/14607 – Neudruck – wird mit den Stimmen aller Fraktionen einstimmig angenommen.

9 Unbesetzte Stellen können nicht unterrichten, für Sicherheit sorgen oder Steuerbescheide erstellen – Missmanagement und Intransparenz der Landesregierung bei der Besetzung von offenen Stellen im Landesdienst müssen ein Ende haben! 30

Antrag

der Fraktion der CDU

Drucksache 16/14399

Nach eingehender Diskussion wird der Antrag Drucksache 16/14399 bei Zustimmung der Fraktionen von CDU und FDP mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten abgelehnt.

10 Strafverfolgungsstatistiken des Justizministeriums NRW 36

Bericht der Landesregierung

Vorlage 16/3861

Vorlage 16/4869

Nach einem ergänzenden mündlichen Bericht von Minister Thomas Kutschaty (JM) erfolgt eine Aussprache.

11 Bericht der Vollzugskommission im Rechtsausschuss des Landtags Nordrhein-Westfalen über die Ergebnisse ihrer Besuche in Vollzugseinrichtungen, Jahresbericht 2016, sowie Informationsreise der Vollzugskommission des Rechtsausschusses nach Belgien, Etablissement pénitentiaire de Lantin, am 19.09.2016 und nach Niedersachsen, Justizvollzugsanstalt Lingen (Ems) am 24.10.2016 44

Bericht des Vorsitzenden der Vollzugskommission

Vorlage 16/4302

Vorlage 16/4690

Vorlage 16/4855

Der Ausschuss nimmt ergänzend den mündlichen Bericht des Vorsitzenden der Vollzugskommission entgegen.

12 Tatsächliche Stellensituation bei Gerichten und Staatsanwälten 49

Bericht der Landesregierung

Vorlage 16/4873

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 16/4873 zur Kenntnis und stellt Nachfragen.

13 Ermittlungsstand in Bezug auf Misshandlungen in der Flüchtlingsunterkunft Burbach 54

Bericht der Landesregierung

Vorlage 16/4874

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 16/4874 zur Kenntnis und stellt Nachfragen.

14 Bewährung für den Geiselnnehmer von Gladbeck? 56

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4870

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 16/4870 zur Kenntnis.

**15 Modernisierung der Justizvollzugsanstalten in Nordrhein-Westfalen –
haushalterische Luftschlösser anstatt einer tatsächlichen Verbesserung der Vollzugssituation? 58**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4871

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 16/4871 zur Kenntnis und stellt Nachfragen an StS Karl-Heinz Krems (JM).

16 Flüchtlinge aus dem offenen und geschlossenen Vollzug in Nordrhein-Westfalen 66

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4872 – Neudruck

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 16/4872 – Neudruck – zur Kenntnis und stellt Nachfragen an Vertreter des Justizministeriums.

17 Verschiedenes 72

3 Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes, des Verfassungsgerichtshofgesetzes und weiterer Gesetze

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/13312

Vorsitzender Dr. Ingo Wolf: Gleiches Prozedere: Auch hier sind wir zu einem Votum aufgefordert.

Gibt es Wortmeldungen? – Bitte schön.

Nicolaus Kern (PIRATEN): Ich möchte nur kurz erläutern, warum wir diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen können, obwohl er einige durchaus sinnvolle Regelungen enthält. An einem Punkt müssen wir da aber ausscheren. Die Änderung bezüglich der Wahl der Richter des Verfassungsgerichtshofs findet nicht unsere Zustimmung. Zum einen kritisieren wir hier, dass die „geborenen“ Richter abgeschafft werden und alle Richter zur Wahl gestellt werden. Zum anderen finden wir die damit verbundene Aufhebung der Amtsdauerbegrenzung kritisch. Deswegen werden wir diesen Gesetzentwurf ablehnen.

Jens Kamieth (CDU): Selbstverständlich ist vieles in diesem Gesetzentwurf einfach Gesetzestechnik, die jetzt umgesetzt werden muss. Das ist auch gut und richtig so. Wir werden uns bei der Abstimmung aber enthalten. In der Obleuterunde der Verfassungskommission gab es nämlich die Absprache, die Altersgrenze ganz abzuschaffen. Jetzt wird sie lediglich von 68 Jahren auf 70 Jahre erhöht. Deswegen werden wir uns enthalten.

Dirk Wedel (FDP): Wir werden zu diesem Gesetzentwurf auch negativ votieren. Das hat zwei Gründe.

Zum einen ist, wie bereits dargestellt wurde, die in der Obleuterunde der Verfassungskommission getroffene Vereinbarung zum Thema „Altersgrenze“ darin nicht umgesetzt worden.

Zum anderen fehlt in dem Gesetzentwurf unserer Auffassung nach das Sondervotum für die Verfassungsrichter. Ich bedaure sehr, dass es – auch wenn Herr Kollege Wolf in der Plenardebatte zum Gesetzentwurf zur Individualverfassungsbeschwerde noch Gesprächsbereitschaft signalisiert hatte – offensichtlich in dem Gesamtstrudel der Verfassungsänderungen jetzt nicht in diesen Gesetzentwurf aufgenommen wurde, zumal dieses Sondervotum eigentlich gar nichts mit dem politischen Korb der Verfassungskommission zu tun hatte.

Dagmar Hanses (GRÜNE): Mit diesem Gesetzentwurf werden eigentlich nur die einfachgesetzlichen Regelungen nachvollzogen, die jetzt nach der Verfassungskommission erforderlich sind.

Ich teile nicht die Einschätzung der Piraten, dass an dieser Stelle die Altersgrenze entscheidend ist, die wir auch bei den zukünftig vom Landtag gewählten Richterinnen und Richtern am Verfassungsgerichtshof nach Abschaffung der „geborenen“ Richter vorsehen. Wir hatten ja einen Konsens. Es ist doch richtig, dass sie nicht 105 Jahre alt sein können, sondern man schon schaut, dass sie diese Aufgabe auch gut wahrnehmen können. Deshalb halten wir diese Grenze für angemessen.

Insofern finde ich diese Argumentation der Oppositionsfraktionen an den Haaren herbeigezogen. Selbstverständlich stimmen wir dem Gesetzentwurf zu.

Vorsitzender Dr. Ingo Wolf: Wenn ich ausnahmsweise etwas dazu einwerfen darf, liebe Frau Hanses: Es gab in dieser Angelegenheit einen ausdrücklichen Konsens. Im Übrigen sind, wie Sie wissen, auch die 105-jährigen Bürgermeister und Landräte relativ selten; es liegt ja in der Hand des Wahlgremiums, dafür zu sorgen, dass das nicht ad infinitum weitergeht. Aber – das erlaube ich mir an dieser Stelle einfach zu sagen – es ist ein klassischer Wortbruch. Es war fest abgesprochen: die Altersgrenze fällt weg, und es gibt ein Sondervotum. Beides war in der Kommission vereinbart. Und das hatte, wie gesagt, nichts mit den übrigen Dingen zu tun.

Es wäre sehr freundlich, wenn Sie vielleicht noch einmal mit Herrn Körfges sprechen könnten, Herr Wolf; denn er hat in der Plenardebatte an dieser Stelle heftig genickt, also Zustimmung signalisiert. Auch einige andere, die in der Verfassungskommission waren, können sich noch sehr genau an dieses Thema erinnern.

Das ist sicherlich, wie immer im Leben, nichts Kriegsentscheidendes. Es wäre aber freundlich, wenn die Mehrheiten das, was damals gemeinsam verabredet war, mit umsetzen würden. Dann ließe sich über den Gesetzentwurf auch einheitlicher abstimmen. Das ist doch völlig klar. Es sind zwei entscheidende Punkte, bei denen zugesagt war, dass sie kommen sollten. Weil es erst jetzt im Nachgang kommt und nicht mit in das ursprüngliche Paket aufgenommen worden ist, haben wir als Opposition natürlich dann die schlechteren Karten, wenn man sich nicht mehr an das hält, was vereinbart war.

Dagmar Hanses (GRÜNE): Herr Dr. Wolf, dann müssen wir das alle noch einmal für das Plenum mitnehmen und es mit den Obleuten der Verfassungskommission besprechen – nicht dass das mit dem Wortbruch so im Raum stehen bleibt. Das fände ich ärgerlich. Ich kann es nicht beurteilen. Allerdings habe ich einen intensiven Austausch – ich war ja einfaches Mitglied der Verfassungskommission – mit unserem Obmann. Da müssen wir noch einmal nachhören, wie es sich aus deren Sicht darstellt. Dann können alle Fraktionen bis zum Plenum noch einmal aufeinander zugehen, glaube ich. Sonst wäre das doch schade.

Vorsitzender Dr. Ingo Wolf: Mit Blick auf diese Überlegungen könnten wir heute auch auf ein abschließendes Votum verzichten; denn wir würden sicherlich ein anderes Ergebnis erzielen, wenn wir da eine einheitliche Diskussionsgrundlage hätten.

Sven Wolf (SPD): Die Notwendigkeit, auf ein Votum zu verzichten, sehe ich nun wiederum nicht. Wir haben jetzt unsere Meinungen ausgetauscht und können auf dieser Grundlage dann auch unser Votum als Rechtsausschuss, der ja nur einer der verschiedenen beratenden Ausschüsse ist, hierzu abgeben. Federführend ist der Hauptausschuss. Deswegen schlägt es meines Erachtens nichts, wenn wir unsere unterschiedlichen Meinungen, die durch die Rednerinnen und Redner der Fraktionen deutlich gemacht worden sind, jetzt auch durch eine Abstimmung manifestieren und das Ganze dann weitergeben.

Vorsitzender Dr. Ingo Wolf: Wir stimmen hier jederzeit ab, wenn das gewünscht ist. Das war ein Vorschlag zur Güte. Aber wir können auch gerne abstimmen. – Dann tun wir das. Ich bitte allerdings sehr nachdrücklich darum, das, was wir eben besprochen haben, noch einmal nachzuarbeiten.

Der Gesetzentwurf Drucksache 16/13312 wird nach kurzer Debatte mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen bei Enthaltung der Fraktion der CDU gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und Piraten angenommen.

